I. **Anmeldung**

TOP:

Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit

Sitzungsdatum 05.04.2017

öffentlich

Betreff:
Umgang mit ausreisepflichtigen Asylbewerbern - Verhinderung von Leistungsmissbrauch

Anlagen:
- Anträge CSU vom 06.02.2017 bzw. 09.02.2017
- Stellungnahme EP

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
		☐	☐	☐	☐
		☐	☐	☐	☐

Sachverhalt (kurz):
Insbesondere durch die nunmehr in steigender Anzahl getroffenen Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) kommt es auch vermehrt zu Fällen von ausreisepflichtigen, abgelehnten Asylbewerbern, die Deutschland nicht freiwillig verlassen. Die Durchsetzung der Ausreisepflicht durch die Ausländerbehörden stößt hier oftmals auf rechtliche und tatsächliche Hindernisse.
In den Medien wurde zuletzt mehrfach von Leistungsmissbrauch auch durch Asylbewerber berichtet, die z.T. durch falsche Mehrfachidentitäten Sozialleistungen erschlichen hatten; dem soll durch verbesserte Möglichkeiten der Identitätsprüfung begegnet werden.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:
entfällt, da Bericht

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☒ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft	☐ nur für einen begrenzten Zeitraum
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☐ Nein

☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Unterschiedliche Betroffenheit aufgrund gesetzlicher Festlegungen.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☒ **Koordinierungsgruppe Integration**

☐

☐

II. **Herrn OBM/BgA**

III. **Ref. VII**

Nürnberg,
Der Oberbürgermeister EP/L

( ) 3240